Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 271 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden" | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 20. November 1933

Am Vulkan der Weltpolitik.

Zur gleichen Zeit, da Europa unter dem Terror Frankreichs ständig von Kriegsgefahr bedroht ist, rollen im Fernen Osten die russischen Transportzüge mit Kriegsmaterial aller Art nach der militärischen Basis Wladiwostock, werfen die japanischen Transportschiffe und die südmandschurische Eisenbahn die gleichen Materialien japanischer Herkunft nach dem äußersten Norden der Mandschurei, steigern sich die diplomatischen Noten zwischen Moskau und Tokio im Ton zu einer Schärfe, die sich von der offiziellen Kriegserklärung nur noch durch die äußere Form unterscheidet.

In diese aufs äußerste zugespitzte Lage fuhr die Meldung von der restlosen Einigung zwischen Rußland und Amerika: Anerkennung der Sowjetrepublik durch Washington, unmittelbar bevorstehende Wiederaufnahme des direkten diplomatischen Verkehrs. Was bedeutet das?

Noch im vergangenen Jahre, als Amerika die letzte Großmacht war, die keine offiziellen Beziehungen zu dem Rußland der Hammer-und-Sichel-Flagge unterhielt, war mit Washington über die russische Frage nicht zu reden; da waren die Schulden der letzten Zaren- und der Kerenski-Regierung, da war das für die amerikanische Holzwirtschaft fast ruinierende russische Holzdumping, da war die politische Agitation der Moskauer Emissäre, die sich bis in die wilden Aufmärsche und Tumulte der „Kriegsveteranen" in Washington und bis in die konzentrierte Geschäftigkeit der Wallstreet, des Newyorker Bankviertels, auswirkten. Mit dieser antirussischen Einstellung ging die Politik Washingtons auch noch in das Jahr 1933 hinein, da der amerikanischen Wirtschaft eine bis dahin immer noch für unmöglich gehaltene Steigerung seiner Arbeitslosenzahl auf (geschätzte) 18 Millionen und einen noch nicht gekannten Tiefstand des Dollars (von 4,20 Mark auf zur Zeit 2,58 Mark) brachte. Auch die Wirtschaftsdiktatur Roosevelts konnte, zumal gegenüber dem Widerstand eines Teiles der amerikanischen Großindustrie, keine Abhilfe schaffen, der innere Markt war erschöpft, es gab nur noch eins: es mußte, mußte auf jeden Fall ein neuer Außenmarkt geschaffen werden.

So kam es, daß das stolze Amerika eines Tages Moskaus Vertreter, den Außenminister Litwinow, als Unterhändler im Weißen Hause in Washington sitzen sah. Der Russe hatte seit Jahren einen Ruf als ein mit allen Wassern gewaschener Diplomat; noch von der verunglückten Londoner Weltwirtschaftskonferenz hatte er als einziger einen entscheidenden Erfolg durch die Einigung mit England über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit nach Hause gebracht. Litwinow ging in seinen Zugeständnissen so weit, daß die in Rußland beschäftigten zahlreichen amerikanischen Ingenieure und Monteure einen Sonderschutz gegen Anklage wegen Industriespionage erhalten; das hat nicht einmal England nach der Freilassung der verurteilten Vickers-Ingenieure verlangt, geschweige denn erhalten. Amerika seinerseits verspricht sich eine Ausfuhr, vor allem von Fertigwaren, im Werte von 350 Millionen Dollar (rund 875 Millionen Mark), und hat bereits seinen ersten Botschafter, Bullitt, für Moskau ernannt, der beiläufig im Jahre 1919 bei der amerikanischen Friedensdelegation eine Rolle gespielt hat. Auf beiden Seiten erwägt man sogar schon den Abschluß eines Nichtangriffspaktes, für den eine Bemerkung Litwinows vor der amerikanischen Presse den Weg geebnet hat, ohne daß er ihn direkt wünscht.

Und damit berühren wir die weltpolitische Bedeutung der russisch-amerikanischen Einigung. Sie liegt freilich zum nicht geringen Teil auch auf wirtschaftlichem Gebiete: es kann nicht ohne Einwirkung auf den gesamten Umsatz und Umschlag im Weltwirtschaftsverkehr bleiben, wenn zwei der größten Völker der Erde (Rußland 165 Millionen, Vereinigte Staaten von Amerika 120 Millionen Einwohner) nun wieder einen regelrechten Warenaustausch pflegen. Aber die für die Welt wichtigste Auswirkung der Washingtoner Vereinbarungen zwischen Roosevelt und Litwinow reicht hinüber bis an das riesige Pulverfaß am Rande Ostasiens. Zweifellos ist der Washingtoner Erfolg Litwinows gleichbedeutend mit einer ganz erheblichen Rückenstärkung für Rußland gegenüber Japan. Kommt es nun doch einmal zu einer blutigen Entscheidung zwischen Rußland und Japan — und die erscheint unausbleiblich —, dann hat Rußland im Fernen Osten in noch weit höherem Maße freie Hand als nach dem serienweisen Abschluß von Nichtangriffspakten mit den Randstaaten und der Kleinen Entente. Und daß es für die russische Luftwaffe, der dann vielleicht eine entscheidende Rolle zufallen wird, nicht gerade eine Schwächung bedeutet, wenn Amerika jetzt ein großes Flugzeug-Motorenwerk nach Rußland verlegt, ist ja wohl klar.

Wie es scheint, trägt Japan dieser völlig neuen Lage auch bereits Rechnung: mitten in den beiderseitigen Kriegsvorbereitungen hat jetzt der japanische Außenminister den russischen Botschafter in Tokio zu sich gebeten und hat ihm die Errichtung einer neutralen — also entmilitarisierten — Zone zwischen der Nordgrenze des Mandschureistaates und der Südostgrenze Rußlands vorgeschlagen! Auch daran war noch am Tage vorher nicht zu denken.

Beide Gegner werden weiter die Gewehre geladen lassen, werden weiter eine endgültige Entscheidung über die Vorherrschaft im Fernen Osten im Auge behalten — zunächst aber wird man aller Wahrscheinlichkeit nach in Tokio den Klang der Kriegstrommel stark abdämpfen. Die Gelegenheit ist freilich für Japan auch jetzt nicht immer günstig angesichts der Tatsache, daß die innamerikanische Krise zur Zeit die Beteiligung an kriegerischen Abenteuern ungewissen Ausganges für Washington verbietet.

Nun hat Tokio die Wahl, sofort loszuschlagen, bevor also sich die russisch-amerikanische Einigung praktisch auswirken kann, oder eine vielleicht noch günstigere Gelegenheit abzuwarten. Die japanische Regierung, die in absehbarer Zeit vielleicht unter der Leitung des jetzigen Kriegsministers Araki stehen wird, hat eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite zu fällen, an der ganz Europa mehr oder weniger stark interessiert ist.

R. A. M.

Simon und Eden reisen nach Rom

Die Mächtebesprechung in Genf.

An der vom Präsidenten Henderson einberufenen Mächtebesprechung nahmen Simon, Eden, Paul-Boncour, Massigli, Soragna, der amerikanische Gesandte Wilson, Benesch und der Direktor der Abrüstungsabteilung, Aghnides, teil. In den mehrstündigen Beratungen wurde die gesamte hoffnungslose Lage der Abrüstungskonferenz durchberaten. Von italienischer Seite wurden die ernsten Befürchtungen Mussolinis über die Weiterführung der Abrüstungskonferenz in der bisherigen Form zum Ausdruck gebracht.

Die eigenartige Form der Einberufung der Konferenz durch Henderson hat Anlaß zu scharfer Kritik gegeben. Die Vertreter Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten haben Henderson darauf aufmerksam gemacht, daß die Erklärung Simons vom 14. Oktober, die bekanntlich zum Austritt Deutschlands führte, keineswegs im Namen anderer Mächte abgegeben worden sei.

Die französisch-englischen Besprechungen vom September und Oktober, die zu bestimmten Vereinbarungen über die Bewährungsfrist und damit zu den von Deutschland abgelehnten neuen Bedingungen in der Abrüstungsfrage führten, scheinen jetzt auch von der englischen Seite endgültig aufgegeben worden zu sein. Der englische Außenminister beabsichtigt vorläufig, sich noch in diesen Tagen mit dem Staatssekretär Eden nach Rom zu begeben. Man nimmt daher an, daß endgültige Entscheidungen erst während dieser römischen Reise fallen werden.

•

Hoffnungslose Lage der Abrüstungskonferenz.

Simon und Eden reisen nach Rom.

An der vom Präsidenten Henderson einberufenen Mächtebesprechung in Genf nahmen Simon, Eden, Paul-Boncour, Massigli, Soragna, der amerikanische Gesandte Wilson, Benesch und der Direktor der Abrüstungsabteilung Aginides teil. Die Sitzung trug den Charakter einer inoffiziellen Beratung des engeren Büros der Konferenz. In den mehrstündigen Beratungen wurde die gesamte hoffnungslose Lage der Abrüstungskonferenz durchberaten. Von italienischer Seite wurden die ernsten Befürchtungen Mussolinis über die Weiterführung der Abrüstungskonferenz in der bisherigen Form zum Ausdruck gebracht.

Die eigenartige Form der Einberufung der Konferenz durch Henderson hat Anlaß zu scharfer Kritik gegeben.

Die Vertreter Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten haben Henderson darauf aufmerksam gemacht, daß

die Erklärung Simons vom 14. Oktober

die bekanntlich zum Austritt Deutschlands führte, keineswegs im Namen anderer Mächte abgegeben worden sei. Wie verlautet, besteht die Absicht, das Präsidium der Konferenz noch in dieser Woche einzuberufen, das jedoch lediglich den auf den 4. Dezember einberufenen Hauptausschuß auf eine kurze Frist vertagen soll.

Der englische Außenminister beabsichtigt, sich noch in diesen Tagen mit dem Staatssekretär Eden nach Rom zu begeben. Man nimmt daher an, daß endgültige Entscheidungen erst während dieser **römischen** Reise fallen werden.

•

Die Mächtebesprechung hat allgemein den Eindruck hinterlassen, daß auch in keinem einzigen Punkte eine Einigung erzielt worden ist. Die Gegensätze sollen in einer ungewöhnlichen deutlichen und nüchternen Form zum Ausdruck gekommen sein. Eine Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten erscheint nach der Sitzung hoffnungsloser denn je. Die amerikanische Abordnung soll sich in den Verhandlungen vollständig zurückgehalten haben. Sie hat dabei den rein europäischen Charakter der gegenwärtigen Verhandlungen von neuem betont.

Der geradezu katastrophale Stand der Abrüstungsverhandlungen beweist lediglich von neuem, daß die wahren Schwierigkeiten einer endgültigen Regelung der Abrüstungsfragen keineswegs, wie bisher immer betont wurde, in der Haltung Deutschlands liegen, sondern daß tatsächlich zwischen den europäischen Großmächten Meinungsverschiedenheiten so grundlegenden Charakters bestehen, daß die Aussichten auf die Weiterführung der Abrüstungskonferenz immer mehr zusammenschrumpfen.

•

„Völlig neue Lage in Genf."

So erklärt England.

In der Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Simon und dem italienischen Vertreter Marquis Soragna in Genf soll der englische Außenminister zum Ausdruck gebracht haben, daß die

englische Regierung sich an ihre am 14. Oktober im Präsidium der Abrüstungskonferenz abgegebene Erklärung als nicht mehr gebunden ansehe.

Wie bekannt, gab in der letzten Sitzung des Präsidiums vor dem deutschen Austritt der englische Außenminister eine grundsätzliche Erklärung über die zwischen England und Frankreich getroffenen Vereinbarungen ab, die damals den sofortigen Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund zur Folge hatte. In der jetzigen Unterredung soll nun von englischer Seite betont worden sein, daß die englische Regierung jetzt eine ähnliche Haltung wie die italienische Regierung einnehme. In der damaligen historischen Sitzung des Präsidiums am 14. Oktober solle der italienische Vertreter Marquis Soragna die Erklärung abgegeben haben, daß die italienische Regierung die neuen Vorschläge der englischen Regierung nur unter der eindeutigen Bedingung annehmen könne, daß Deutschland sich zur Annahme dieser Vorschläge bereit erkläre. Der englische Außenminister soll nunmehr darauf hingewiesen haben, daß eine grundsätzlich neue Lage entstanden sei, da die deutsche Regierung die damaligen Vereinbarungen zwischen England und Frankreich nicht angenommen habe und eine

Weiterführung der Abrüstungskonferenz ohne Deutschland nur schwer möglich

sein würde. Zu der von dem Präsidenten Henderson einberufenen gemeinsamen Mächtebesprechung ist jetzt auch zum allgemeinen Erstaunen der sowjetrussische Pariser Botschafter Dowgalewski eingeladen worden, der an sich zu dem engeren Büro der Abrüstungskonferenz nicht gehört. Man erblickt darin einen Versuch Hendersons, jetzt eine Einigung über die weiter zu ergreifenden Schritte auf möglichst breiter Grundlage zu finden.

•

Vertagung des Hauptausschusses?

Genf, 19. November. In den Sonntagabendstunden haben nach der offiziellen Mächtebesprechung von neuem zahlreiche Einzelunterredungen stattgefunden. Auf englischer Seite werden die Gerüchte über eine bevorstehende Romreise des englischen Außenministers zunächst noch energisch dementiert. Als einzigen Ausweg soll man jetzt in englischen und französischen Kreisen die Vertagung des Hauptausschusses vom 4. Dezember auf den 3. Januar erwägen. Hierdurch würde das gesamte Konferenzwerk bis Anfang des nächsten Jahres zum Stillstand kommen. Der vielerörterte Gedanke einer Viermächtekonferenz außerhalb Genfs scheint infolge des französischen Widerstandes und englischer Befürchtungen noch nirgends direkt behandelt worden zu sein, besonders da die italienische Regierung sich eine auffallende Zurückhaltung auferlegt und mit dem zwangsläufigen Zusammenbruch der Genfer Verhandlungen rechnet. Eine Vertagung der Abrüstungskonferenz bis Anfang nächsten Jahres würde nach hiesiger Beurteilung den Rücktritt des Präsidenten Henderson von neuem zur Debatte stellen und gleichzeitig eine außerordentlich ernste Gefährdung der an sich schon schwerbedrohten Stellung Simons bedeuten.

Die weiteren Entscheidungen sind vorläufig auf Montag nachmittag verschoben worden.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF